

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 12.11.2009

Niederschrift

der 23. Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur
am Donnerstag, dem 05.11.2009,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:03 - 19:25 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Ursula Bouffier
Herr Markus Böhm-Högy
Herr Dieter Gail
Frau Christine Wagener
Frau Julia-Christina Sator

(ab 18:20 Uhr in Vertr. für Stv. Zörb)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Ika Veronika Bordasch
Herr Dieter Geißler
Frau Dr. Ulrike Krautheim
Herr Mehmet Tanriverdi

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Maren Kolkhorst
Herr Klaus-Dieter Grothe

(ab 18:07 Uhr)

(in Vertretung für Stv. Lehne)

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich

Stadtverordnete der Die Linke-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis

Vom Magistrat:

Herr Harald Scherer Stadtrat

Von der Verwaltung:

| | | |
|--------------------|----------------------------|-----------------|
| Herr Folkert Sauer | Leiter des | (bis 18:55 Uhr) |
| | Schulverwaltungsamtes | |
| Herr Guido Krell | Leiter der Stadtbibliothek | (bis 18:36 Uhr) |

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

| | |
|----------------------|---------------|
| Herr Dieter Knoth | Büroleiter |
| Frau Andrea Allamode | Schifführerin |

Entschuldigt:

| | |
|--------------------|--------------------------|
| Herr Carsten Zörb | CDU-Fraktion |
| Frau Susanne Lehne | Fraktion B'90/Die Grünen |

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Stadtbibliothek der Universitätsstadt Gießen (Benutzungsordnung) vom 05.12.2001
- Antrag des Magistrats vom 26.10.2009 - STV/2673/2009
3. Satzung über die Benutzung des Konzertsaals im Rathaus der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 26.10.2009 - STV/2677/2009
4. Berichts Antrag Schulsporthallen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2009 - STV/2571/2009
5. Berichts Antrag zum Maßnahmenkatalog an Gießener Schulen im Falle einer äußeren Bedrohung
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 01.09.2009 - STV/2687/2009

6. Frühzeitige Information über Besuch von Delegationen der Partnerstädte
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2009 - STV/2698/2009
7. Berichtsantrag: Arbeitsschutz- u. Arbeitssicherheitsgesetz an Schulen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2009 - STV/2699/2009
8. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. **1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Stadtbibliothek der Universitätsstadt Gießen (Benutzungsordnung) vom 05.12.2001**
- Antrag des Magistrats vom 26.10.2009 - STV/2673/2009
-

Antrag:

„Den in der Anlage beigefügten Änderungen der Satzung über die Benutzung der Stadtbibliothek der Universitätsstadt Gießen (Benutzungsordnung) wird zugestimmt.“

Stadttrat Scherer begründet kurz die Vorlage und erläutert die Änderungen, die sich durch den Umzug in das neue Rathaus im organisatorischen und technischen Bereich ergeben. Unter anderem weist er auf die Speicherung von Daten der Internetbenutzer hin. Er führt aus, dass die Datenprotokolle 180 Tage lang gespeichert und „nur im Ernstfall“ herangezogen werden. Jugendgefährdende Sachverhalte dürfen in der Stadtbibliothek nicht aufgerufen werden. Wenn die Stadt Gießen ein solches Verbot ausspreche, müsse die Einhaltung auch nachprüfbar sein. Nutzer müssen sich bei der Anmeldung im Netz mit der Datenprotokollierung einverstanden erklären. Die Speicherung diene auch dem Schutz der Stadtverwaltung, erklärt er.

Hierzu stellt **Stv. Grothe**, Bündnis 90/Die Grünen, zu § 4 Abs. 10 (Speicherung von Daten der Internetnutzer) nachstehende Fragen und bittet den Magistrat um Antwort.

1. „Wo werden die Daten gespeichert?“

2. „Wer hat Zugang zu diesen Daten?“
3. „Wer ist für die Löschung der Daten zuständig?“

Stadtrat Scherer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Die **Stv. Bordasch** und **Tanriverdi**, SPD-Fraktion, äußern ihre Zweifel darüber, ob tatsächlich eine Datenspeicherung in der Form nötig sei. Des Weiteren möchten sie wissen, ob sich im Vorfeld der Datenschutzbeauftragte mit der Vorlage befasst habe.

Stadtrat Scherer verneint die Frage und **Herr Krell**, Leiter der Stadtbibliothek, merkt an, die Satzung enthalte nichts, was am Datenschutz vorbei gehe.

Stv. Greilich, FDP-Fraktion, bemerkt, es sei wichtig, dass an öffentlichen Computern entsprechende Sicherheitsvorkehrungen eingebaut werden. Schließlich halten sich auch viele Kinder in der Bibliothek auf, die nicht mit Seiten konfrontiert werden sollen, auf denen beispielsweise pornografische Inhalte abgebildet seien.

Stv. Bordasch, SPD-Fraktion, bittet, dass bis zur Stadtverordnetensitzung eine Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten vorzulegen.

Stadtrat Scherer sagt zu, bis zur Stadtverordnetensitzung die entsprechende Stellungnahme vorzulegen.

Stv. Prof. Dr. Christidis, Die Linke-Fraktion, kritisiert die Anhebung der Gebühren bei Überschreiten der Leihfrist.

Stadtrat Scherer entgegnet, die Gebührenstruktur der Gießener Stadtbibliothek sei im Vergleich zu anderen Städten „extrem moderat“.

Stv. Tanriverdi, SPD-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage in der Beratung und Beschlussfassung zurück zu stellen, bis die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten vorliege.

Sodann lässt **Vorsitzende** über den Antrag abstimmen. Der Antrag auf „Zurückstellung“ wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).

Beratungsergebnis:

Der Vorlage STV/2673/2009 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD; StE: LINKE).

3. **Satzung über die Benutzung des Konzertsaals im Rathaus der Universitätsstadt Gießen** **STV/2677/2009**
- Antrag des Magistrats vom 26.10.2009 -

Antrag:

"Der anliegende Entwurf der Satzung über die Benutzung des Konzertsaals im Rathaus der Universitätsstadt Gießen wird als Satzung beschlossen."

Stadtrat Scherer begründet die vorliegende Magistratsvorlage.

Stv. Tanriverdi, SPD-Fraktion, merkt an, dass in der Satzung unter dem Punkt „Zweckbestimmungen“ außer kommerziellen auch politische Veranstaltungen ausgeschlossen werden sollen. Damit seien politische Organisationen automatisch von der Nutzung des Konzertsaals ausgeschlossen. Er **beantragt**, in § 2 Abs. 2 Satz 2 die Worte „Politische und“ **zu streichen**.

Stv. Dr. Krautheim bezeichnet den Begriff „politisch“ als „sehr schwammig“.

Stadtrat Scherer entgegnet, man wolle verhindern, dass radikale politische Parteien den Saal nutzen.

Stv. Gail weist auf Abs. 3 des § 2 hin, dort stehe: „*Ein anderer Nutzungszweck kann im Einzelfall durch den Magistrat der Stadt Gießen gestattet werden.*“

Stadtrat Scherer fügt hinzu, dass jeder Antrag im Einzelfall entschieden werde. Als Beispiel nennt er den Fall der Pius-Bruderschaft, der die Nutzung des Netanyasaales verboten worden war, als Beleg für die Vorteile einer eng gefassten Satzung.

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Tanriverdi, Gail, Greilich, Dr. Krautheim, Prof. Dr. Christidis und Stadtrat Scherer.

Stv. Sator, CDU-Fraktion, beantragt, „*Schluss der Rednerliste*“.

Sodann lässt **Vorsitzende** über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE).

Beratungsergebnis:

- Der SPD-Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
- Der Magistratsvorlage STV/2677/2009 wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE).

4. **Berichts Antrag Schulsporthallen** **STV/2571/2009**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, einen Bericht vorzulegen, der über das Ergebnis der Besichtigung der Gießener Schulsporthallen durch den Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur informiert.“

Beratungsergebnis:

Stv. Tanriverdi erklärt für die SPD-Fraktion, dass der Antrag durch die vorliegenden Schreiben des Magistrats erledigt sei.

5. **Berichts Antrag zum Maßnahmenkatalog an Gießener** **STV/2687/2009**
Schulen im Falle einer äußeren Bedrohung
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 01.09.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, welche Maßnahmen an Gießener Schulen im Falle einer äußeren Bedrohung geplant sind.“

Die antragstellenden Fraktionen ändern sowohl die Überschrift des Antrages als auch den Antragstext (*Streichung des Wortes „äußeren“*), nachstehend aufgeführt.

Überschrift: „Berichts Antrag zu Maßnahmen an Gießener Schulen im Falle von Bedrohungen“

Antragstext: „Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, welche Maßnahmen an Gießener Schulen im Falle einer Bedrohung geplant sind.“

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Wagener, Tanriverdi, Dr. Krautheim und Prof. Dr. Christidis.

Beratungsergebnis: Dem so geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.

6. **Frühzeitige Information über Besuch von Delegationen der** **STV/2698/2009**
Partnerstädte
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert sicherzustellen, dass bei Besuchen von Delegationen aus den Gießener Partnerstädten die Fraktionen frühzeitig informiert und Vertreter der Fraktionen eingeladen werden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**7. Berichtsantrag: Arbeitsschutz- u. Arbeitssicherheitsgesetz STV/2699/2009
an Schulen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2009 -**

Antrag:

„Seit dem Jahr 2002 unterliegen auch Schulen den Bestimmungen des Arbeitsschutz- und des Arbeitssicherheitsgesetzes. Im Auftrag der Hessischen Landesregierung untersuchen Fachkräfte für Arbeitssicherheit die Lehrerarbeitsplätze an den Schulen und listen die Gesundheitsgefahren in sogenannten Begehungsberichten auf.

Wir beantragen in diesem Zusammenhang, dass der Magistrat zu folgenden Fragen berichtet:

1. Zu welchen Terminen wurden die einzelnen Schulen überprüft?
2. Welche Gesundheitsgefährdungen wurden an den einzelnen Schulen festgestellt?
3. Wann wurden die Mängel an den verschiedenen Schulen beseitigt bzw. wann ist die Beseitigung vorgesehen?“

Stv. Geißler ändert für die antragstellende Fraktion die Vorlage wie folgt:

„Seit dem Jahr 2002 unterliegen auch Schulen den Bestimmungen des Arbeitsschutz- und des Arbeitssicherheitsgesetzes. Im Auftrag der Hessischen Landesregierung untersuchen Fachkräfte für Arbeitssicherheit die Lehrerarbeitsplätze an den Schulen und listen die Gesundheitsgefahren in sogenannten Begehungsberichten auf.

Wir beantragen in diesem Zusammenhang, dass der Magistrat zu folgenden Fragen berichtet:

1. *Zu welchen Terminen wurden die einzelnen Schulen überprüft?*
2. *Welche **Mängel bzw.** Gesundheitsgefährdungen wurden an den einzelnen Schulen festgestellt?*
3. *Wann wurden die Mängel an den verschiedenen Schulen beseitigt bzw. wann ist die Beseitigung vorgesehen?“*

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

8. **Verschiedenes**

Vorsitzende erinnert an die Schulausschusssitzung am 12.11.2009, in der Vertreter der inoffiziellen Theaterszene die Arbeit ihrer Gruppen vorstellen werden.

Auf Nachfrage, welche Gruppe ihre Teilnahme zugesagt haben, verliest Vorsitzende die Gruppen, die kommen wollen.

- Theaterfabrik Gießen, Netzwerk für Kinder-,Jugend- und Schultheater
- Junge Bühne Gießen (BDP-Jugendtheater)
- Theatergruppe der Ev. Jugend in Gießen
- Die Herbstzeitlosen
- Kindertheater TINKO
- Theater Fatal Ten Up
- Schultheatergruppen
- Schultheatergruppe Ricarda-Huch-Schule

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) B o u f f i e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e